

Armes reiches Deutschland. Niedrige Geburtenrate in Deutschland – Der Trend wird sich fortsetzen

Dies geht aus den neuen Daten des Mikrozensus 2010 des Statistischen Bundesamtes hervor. In Deutschland, so der Mikrozensus 2010, wachsen so wenig Kinder und Jugendliche auf wie in keinem anderen Land Europas. Nur noch 16,5 % der deutschen Bevölkerung sind jünger als 18 Jahre. Im Vergleich dazu: In Frankreich liegt der Anteil der Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahren bei über 22 %, Großbritannien, die Niederlande, Dänemark, Schweden und Finnland kommen auf einen Anteil von ca. 20 %. Kommentare dazu aus der Presse: „Deutschland - kinderärmstes Land in Europa“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 3.8.11) „Kinderland abgebrannt“ (Süddeutsche Zeitung Nr. 32/2011).

Gleichzeitig gehört Deutschland zu den reichsten Staaten der Welt und zu den reichsten Ländern Europas. In diesem Zusammenhang ist es besonders gravierend, dass in Deutschland jedes sechste Kind von Armut bedroht ist. So lebten Ende 2010 1,96 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften. Die Notwendigkeit einer Kindergrundsicherung erklärt sich damit fast von selbst.

Worin liegen die Ursachen?

Es ist dringender denn je erforderlich, weiterhin auf Spurensuche zu gehen und der Frage nach zu gehen, woran es (tatsächlich) liegt, dass immer weniger Kinder geboren werden: „Ist es die fehlende Infrastruktur, fehlen also Betreuungsplätze? Liegt es an den Bedingungen am Arbeitsplatz? Am Geld? Oder geht es doch um etwas, das politisch nicht so leicht zu fassen ist, um ein Klima, eine Atmosphäre im Land?“ (Süddeutsche Zeitung Nr. 32/2011)

Verschiedene Befragungen unter jungen Menschen ergaben, dass sich ein hoher Prozentsatz eine Familie mit Kindern wünscht. Es stellt sich damit die Frage, was junge Menschen brauchen, um sich ihren Wunsch nach Familie, nach Kindern, zu erfüllen.

Es fehlen sowohl die positive Einstellung zu Kindern im Allgemeinen als auch die notwendigen Rahmenbedingungen, um junge Menschen zu motivieren, ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Die vorherrschende Einstellung der Gesellschaft – wie z. B. Kinder sind per se ein Armutsrisiko, Kinder bedeuten eine Einschränkung und bedeuten einen Störfaktor, tradierte Vorstellungen von Familienmodellen sowie noch sehr unzureichende Unterstützungsangebote erschweren vielen jungen Menschen die Entscheidung für Kinder. Gemeint sind damit erforderliche Rahmenbedingungen, die für alle Beteiligten akzeptabel sind und die Bedürfnisse und Bedarfe von Frauen und Männern und aller Kinder und Jugendlichen gleichermaßen in den Blick nehmen.

Maßnahmen

Es gibt zunehmend mehr Unterstützungsangebote für Familien, die es auszubauen bzw. zu schaffen gilt: Dazu gehören u. a. bezahlbare bzw. kostenlose Bildungs-, Betreuungs- und Beratungsangebote, Veränderungen in der Arbeitswelt, gesetzliche Änderungen, Veränderungen in der Gleichstellung von Frauen und Männern, Gesundheitspräventionen, familienfreundliche Infrastruktur und vor allem Wertschätzung von Familien(arbeit). Umfassende und sinnvolle Unterstützung setzt auch voraus, dass Familie dabei im weiteren Sinne verstanden wird und der Vielfalt der bestehenden und gelebten Familienformen Rechnung trägt.

Inhalt dieser Ausgabe

Geburtenrate in Deutschland.....	1
Neue Geschäftsführerin der eaf bayern.....	2

Nachrichten.....	3
Notizen.....	4

Einstellung zu Kindern als wichtiger Faktor

Wir brauchen eine Gesellschaft, in der Kinder und Jugendliche wieder einen bedeutenden und positiv besetzten Platz bekommen, in der der Wert, mit Kindern zu leben, wieder einen positiven und wichtigen Stellenwert bekommt. Es bedeutet darüber hinaus auch ein Umdenken von Frauen und Männern, von Führungskräften und Verantwortlichen für Familienpolitik, dass Familienthemen nicht mehr allein die Familien betrifft, sondern mehr denn je eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden muss. Wenn dies gelingt, wird es nur noch primär eine Frage der entsprechenden Maßnahmen und notwendigen Schritte sein, um die Zukunft von Kindern und Jugendlichen und deren Familien und damit die Zukunft der Gesellschaft positiver zu gestalten.

eaf bayern fordert weitere Maßnahmen

Die eaf bayern äußert sich in einem ihrer Leitgedanken zur Bedeutung der Familie: „Die Zukunft unserer Gesellschaft hängt ganz entscheidend von der Zukunft der Familien ab. Sie sind der Ort, an dem die Grundwerte unserer Gesellschaft entwickelt und gelebt werden. Und sie sind der wichtigste Ort der Entstehung und Erhaltung von Humanvermögen.“ Seit vielen Jahren engagieren sich die Mitgliedsorganisationen der eaf bayern in diesem Sinne sowohl in ihren Arbeitsfeldern als auch auf politischer Ebene für die Belange von Kindern und Jugendlichen und deren Familien.

Sich in all den oben genannten Bereichen weiterhin auf den Weg zu machen und die entsprechenden Änderungen einzuleiten, könnte Deutschland vielleicht wieder zu einem kinderreicheren und damit im tatsächlichen Sinne wieder reichen Land werden lassen. Die bisher von der Politik eingeleiteten Maßnahmen sind für die Zukunft der Kinder und deren Familien bei weitem nicht ausreichend.

Die Politiker und Politikerinnen auf Bundes- und Länderebene sowie in den Kommunen sind dringend gefordert, weit über die bisher eingeleiteten Maßnahmen hinaus tätig zu werden und Bedingungen für Familien und damit für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu schaffen, die junge Menschen motivieren, Kinder zu bekommen, mit ihnen zu leben und ihnen wichtige Werte und erforderliche Kompetenzen für das Leben in der Gesellschaft mitgeben können. Politik kann sich damit nicht auf die bisher geschaffenen Unterstützungsangebote für Familien zurückziehen, sondern sollte sich weiterhin tatkräftig und umfassender als bisher für die Belange von Kindern und Jugendlichen und deren Familien engagieren und einsetzen.

*Renate Zeilinger
Geschäftsführerin der eaf bayern*

Neue Geschäftsführerin der eaf bayern



Ich darf Ihnen die neue Geschäftsführerin der eaf bayern vorstellen: Renate Zeilinger. Sie hat ihre Tätigkeit zum 01. September 2011 aufgenommen und tritt damit die Nachfolge von Herrn Neuberger an, der in die Freistellungsphase der Altersteilzeit getreten ist. Renate Zeilinger ist von Beruf Sozialpädagogin, Eheberaterin und Supervisorin und seit 1978 Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle des Diakonischen Werkes Bayern. Zuletzt hat sie die Entwicklung und Implementierung des Diakonie-Gütesiegels Familienorientierung verantwortet. Renate Zeilinger kann in ihren zukünftigen Arbeitsfeldern als Referentin für Familienarbeit in der Geschäftsstelle der bayerischen Diakonie, als Geschäftsführerin der eaf bayern und als Projektleiterin „Diakonie-Gütesiegel Familienorientierung“ von ihren vielfältigen Familienerfahrungen sowohl im beruflichen Kontext als auch in der eigenen Familie – Renate Zeilinger ist verheiratet und hat zwei Kinder – profitieren. Der Vorstand der eaf freut sich, mit Renate Zeilinger eine ausgewiesene Fachkraft für Familienfragen gewonnen zu haben.

Wir wünschen Ihnen und uns eine gute, konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Frau Zeilinger – ganz im Sinne der Familien.

*Birgit Löwe,
1. Vorsitzende der eaf bayern*

Nachrichten

Familienverbände ermuntern Eltern, das Bildungspaket zu nutzen. Zügige Bearbeitung der Anträge in den Kommunen erforderlich

Zum Schuljahresbeginn rufen die in der AGF zusammengeschlossenen Familienorganisationen dazu auf, das Bildungs- und Teilhabepaket zu nutzen. Zwar sei das Paket noch weit von dem entfernt, was getan werden müsse, um Familien zu helfen und Kinderarmut zu bekämpfen, dennoch solle es genutzt werden. Gleichzeitig sind die Kommunen gefordert, das Bildungspaket familienorientiert und unbürokratisch umzusetzen.

„Das Bildungspaket ist nun wirklich nicht der Weisheit letzter Schluss“, so die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen, Bettina Müller-Sidibé, „Um echte Teilhabe- und Bildungschancen für alle Kinder zu erreichen, braucht es eine Vielzahl aufeinander abgestimmter Maßnahmen, die direkt an den Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung ansetzen. Wir hätten uns vor allem angesichts des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV andere Diskussionen und grundsätzlich andere Ergebnisse gewünscht. Das Bildungspaket ist viel zu bürokratisch und reicht für eine angemessene Förderung bei weitem nicht aus. Dennoch sollten Eltern unbedingt das Bildungspaket in Anspruch nehmen.“

Das Bildungspaket sei leider noch viel zu wenig bekannt und viele Kommunen scheinen überfordert, eine unbürokratische Lösung im Sinne der Familien zu finden, so die Familienorganisationen. Die Kommunen sind angehalten, die Anträge zügig zu bearbeiten und die für das Bildungspaket bereit gestellten Mittel nicht anderweitig zu verwenden, um damit ihren kommunalen Haushalt zu entlasten. So kann es zum Beispiel nicht sein, dass Mitarbeiter von einer sinnvollen Aufgabe für Familien abgezogen werden, um stattdessen die Umsetzung des Bildungspaketes zu gewährleisten.

Dennoch gibt es bereits einige gute Beispiele, an denen Kommunen sich orientieren können. So werden in Flensburg auch formlos eingereichte Anträge bearbeitet und der Landkreis Nordsachsen erkennt zusätzlich Anträge aus benachbarten Gemeinden an. Kinder aus den betroffenen Familien im Kreis Nordfriesland haben bereits im Vorfeld Gutscheine erhalten, die unbürokratisch direkt beim Veranstalter oder Verein abgegeben werden können. In Mühlheim und Ottweiler haben anspruchsberechtigte SGB II-Empfänger ein Informationsschreiben mit beigefügtem Antrag erhalten. An diesen guten Beispielen sollten weitere Kommunen sich orientieren.

Unterschriftensammlung Finanztransaktionssteuer

Das Diakonische Werk Bayern und der Landeskirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern haben eine Unterschriftensammlung zur Finanztransaktionssteuer angeregt.

Dr. Markert, zum Zeitpunkt des Starts der Initiative Präsident der Diakonie Bayern: „Es kann uns als Kirche und Diakonie nicht egal sein, wenn für die nachträgliche Stabilisierung der Finanzmärkte umfangreiche Rettungspakete geschnürt werden, die in der Folge den Handlungsspielraum der öffentlichen Hand für soziale, ökologische oder kulturelle Belange einschneiden. Der Schuldenzuwachs erschwert es der öffentlichen Hand, Herausforderungen zu meistern, die uns als Kirche und Diakonie besonders am Herzen liegen, beispielsweise soziale Aufgaben.“ Michael

Bammessel, seit 1.10. neuer Diakoniepräsident, hat sich ebenfalls positioniert: „Es geht um Gerechtigkeit. Die Finanzwirtschaft erzeugt Gewinne, an denen die Gesellschaft so gut wie keinen Anteil hat und erzeugt Verluste, für die die Gesellschaft aufkommen soll.“ Mit dem zukünftigen Landesbischof der evangelischen Kirche in Bayern, Herrn Heinrich Bedford-Strohm, ist sich Herr Bammessel einig, dass „hier eine eklatante Gerechtigkeitslücke klaffe, die den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft bedrohe.“ (Nürnberger Nachrichten v. 14.10.11) Die bayernweite Unterschriftensammlung endete am 23.10.11. Ziel war es, bis dahin 100.000 Unterschriften zu sammeln.

Der G-20-Gipfel im November 2011 wird wichtige Weichenstellungen für internationale Regelungen der Finanzmärkte, u. a. die Einführung der Finanztransaktionssteuer, treffen. Deshalb sollen die Unterschriften bis Ende Oktober der Bundeskanzlerin übergeben werden.

Allianz für den freien Sonntag feiert 5 Jahre Bewahrung des Ladenschlusses in Bayern

Im Jahr 2006 wurde die Zuständigkeit für den Ladenschluss vom Bund auf die Länder übertragen. In fast allen Bundesländern kam es daraufhin zu einer starken Ausweitung der Ladenöffnungszeiten – werktags wie sonntags. Allein der Freistaat Bayern wider setzte sich diesem Wettlauf und hat das alte Ladenschlussgesetz bewahrt.

Ein Grund zum Feiern! meint die kirchlich-gewerkschaftliche Allianz für den freien Sonntag, zu deren UnterstützerInnen die eaf zählt. Der Ladenschluss ist ein wichtiger Taktgeber des gesellschaftlichen Lebens und für die mehr als 300.000 Beschäftigten des bayerischen Einzelhandels ein Garant verlässlicher Familienzeiten am Abend und am Wochenende.

Unter dem Motto „Laptop, Lederhose, Ladenschluss“ feierte die Sonntagsallianz dieses fünfjährige Jubiläum zusammen mit ihren UnterstützerInnen sowie VertreterInnen aus der Landespolitik am 4. November in München. Zugleich mahnt sie, dass der Sonn- und Feiertagsschutz auch in Bayern längst nicht mehr unangefochten ist. Etwa 2000 Ausnahmegenehmigungen für verkaufsoffene Sonntage haben bayerische Kommunen im Jahr 2010 erteilt – 800 mehr als noch vor 20 Jahren. Weitere Informationen erhalten Sie bei

Philipp Büttner, Sozialwissenschaftlicher Referent im Kirchlichen Dienst für die Arbeitswelt; www.kda-bayern.de

Mehrgenerationenhäuser: (Anschluss-)Förderung nach dem Aktionsprogramm II

Die fünfjährige Laufzeit des Gesamtprogramms Mehrgenerationenhäuser endet 2012, für manche Häuser endete die Förderung bereits Ende Septem-

ber 2011. die Frage der weiteren Förderung wurde in den letzten Monaten intensiv und engagiert geführt. Die Erfolge und die wichtige Rolle der Mehrgenerationenhäuser soll nun in einem Folgeprogramm weiter entwickelt werden. Das vorliegende Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II ging nun mit einer dreijährigen Laufzeit (2012-2014 an den Start und soll deutschlandweit mit insgesamt 450 Standorten flächendeckende Präsenz sichern. Wichtiger Bestandteil der Anschlussförderung ist die intensive Beteiligung der Kommunen.

Die erste Phase des Bewerbungsverfahrens ist inzwischen abgeschlossen: Insgesamt sind bis zum Ende der Bewerbungsfrist im August 603 Interessensbekundungen eingegangen, davon 98 aus Bayern. Die Bundesregierung hat geplant, mit Vertretern der Bundesländer die MGH für eine Förderung auszuwählen. Bis November 2011 sollen die 450 Projekte ausgewählt werden, die anschließend einen Antrag auf Förderung im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser (II) stellen können.

Notizen

Aktion Jugendschutz Bayern: Kursangebot „Hilfe, mein Kind pubertiert“ - Neues Internetportal startet

Die Pubertät ist eine wichtige Entwicklungsphase auf dem Weg zum Erwachsenwerden: Entscheidende Weichen werden in dieser Zeit gestellt – die Pubertierenden erfahren sich selbst, experimentieren und loten ihre Grenzen aus. Dies ist nicht immer einfach für Eltern. Angebote zur Suchtprävention können aber nur in Zusammenarbeit mit den Eltern zu Erfolgen führen.

Seit fünf Jahren bildet die Aktion Jugendschutz deshalb bayernweit Kursleiter für die Elternseminarreihe „Hilfe, mein Kind pubertiert“ aus. Auf dem neuen Internetportal www.hilfe-mein-kind-pubertiert.de finden Eltern und Multiplikatoren nun einen ersten Einblick in das Thema und die regionalen Angebote. Dieses Kursangebot der Aktion Jugendschutz möchte Eltern in ihrer Erziehungskompetenz stärken. Mehr unter www.bayern.jugendschutz.de

„Persönlichkeitsrecht, Datenschutz und Co. im Netz. Informationen für Eltern“

Im Rahmen des Projektes „Selbstverantwortung im Web 2.0“ des JFF, Institut für Medienpädagogik und der Aktion Jugendschutz Bayern e.V. ist eine Elternbroschüre erschienen. Sie liefert ausführliches Hintergrundwissen zum Verhalten von Kindern und Jugendlichen im Internet, zu Persönlichkeitsrechten, Datenschutz, Cybermobbing und exzessiver Internetnutzung.

Die Informationen sind verständlich aufbereitet und mit vielen Beispielen, Handlungsanregungen und Verweisen veranschaulicht. Hier können Eltern auch ohne Vorkenntnis schnell Einblick in diese komplexen Fragestellungen gewinnen und ihre Kinder so besser verstehen und sie bei ihren Ausflügen ins Internet unterstützen. Die Broschüre wurde im Rahmen des Projekts „Webhelm: Selbstverantwortung im Web 2.0“ entwickelt und mit Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen gefördert. Die Broschüre kann auf www.webhelm.de kostenlos heruntergeladen werden.

Kongress Armut & Gesundheit am 9./10.3.2012 in Berlin

Vorgelegt und diskutiert werden aktuelle Erkenntnisse zu Wirksamkeit und Qualitätsentwicklung in der Prävention und Gesundheitsförderung. Im Mittelpunkt stehen erfolgreiche Konzepte der Prävention und Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten – von der Projektentwicklung über die breit angelegte Umsetzung bis hin zur Evaluation. Mehr unter www.gesundheitliche-chanchengleichheit.de

Impressum:

Herausgeber: Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e. V. (eaf bayern)
 1. Vorsitzende: Birgit Löwe, 2. Vorsitzender: Ludwig Selzam, 3. Vorsitzende: Hanna Kaltenhäuser
 Geschäftsführerin und Redaktion: Renate Zeilinger
 Geschäftsstelle im Diakonischen Werk Bayern, 90332 Nürnberg, Telefon (0911) 93 54 - 270, Telefax - 299
 Internet: www.eaf-bayern.de, mail: info@eaf-bayern.de
 Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasser wieder.
 Druck: Schnelldruck Süd GmbH, Nürnberg

FPI 5 November 2011, 22. Jahrgang